

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1903

27.2.1903 (No. 57)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 27. Februar.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unberlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Regenbogenexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

Nr. 57.

1903.

Hof-Ansage.

Wegen des am 22. Februar d. J. erfolgten Ablebens
Seiner Königlichen Hoheit des
Herzogs Nikolaus von Württemberg
legt der Großherzogliche Hof von heute an die Trauer
auf 6 Tage bis zum 3. März einschließlich nach der
4. Stufe der Trauerordnung an.

Karlsruhe, den 26. Februar 1903.

Großherzogliches Oberstkammerherrn-Amt.

Graf von Berchtold,
Vize-Oberceremonienmeister.

Amtlicher Teil.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staats-
eisenbahnen vom 16. Februar d. J. wurden die Betriebs-
assistenten Wilhelm Spieler in Basel nach Bruchsal
und August Marx in Efringen-Kirchen nach Basel ver-
setzt.

Nicht-Amtlicher Teil.

Das österreichisch-russische Einvernehmen

In allen Balkanfragen hat die macedonische Streitfrage
ihre Schärfe erreicht. Vor fünf Tagen wurde die Re-
formnote der Pforte überreicht, vor drei Tagen wurde sie
mit überraschender Beschleunigung von dem Sultan an-
genommen, und heute kann man bereits an ihrem Wort-
laut die Tragweite und Bedeutung der Aktion ermessen,
welche die Kabinette von Wien und St. Petersburg unter
Zustimmung aller übrigen Signatarmächte des Berliner
Vertrages unternehmen haben, um einer Gefährdung
des Friedens durch eine revolutionäre Erhebung in Ma-
cedonien vorzubeugen. Schonender ist niemals einem
Sultan die Notwendigkeit von Reformen in einer Pro-
vinz des osmanischen Reiches dargetan worden, aber es
hat gerade deshalb auch niemals ein Sultan mit gleicher
Verwilligung diese Notwendigkeit anerkannt, wie es
diesmal der Fall ist. Denn die Annahme der österreichisch-
russischen Reformnote schließt die Zusage des Sultans,
die von Oesterreich-Ungarn und Rußland vorgeschlagenen
Maßregeln zur Verbesserung der Lage der Bevölkerung
in den Vilajets Saloniki, Kossowo und Monastir durch-
zuführen, in sich, und wenn der Sultan Abdül Samid,
dieser zögernde, misstrauische und bedächtige aller
Abkalfen, diesmal unerwartet schnell, ohne Einwendungen
und Vorbehalte die österreichisch-russischen Vorschläge
akzeptiert hat, so darf angenommen werden, daß er auch
entschlossen ist, ohne Hintergedanken ihre Verwirklichung
zuzulassen. Die Möglichkeit eines solchen Entschlusses
ist ihm allerdings wesentlich dadurch erleichtert worden,
daß die beiden Mächte den leisesten Schein einer Beein-
trächtigung seiner Souveränität sorgsam vermieden und
daß sie zwar mit ihrer ganzen Autorität, hinter der die-
jenige der übrigen Großmächte stand, in der Sache, aber
nicht in der Form den Willen kundtaten, ihm die ver-
langten Reformen zu oktroyieren. Es ist die Erhaltung
des Status quo, welcher die Durchführung der Reformen
dienen soll. Aber zweifellos hat man sich im Yildiz-Kiosk
auch den schweren Ernst der Lage nicht verbekelt und nicht
verkannt, daß es die letzte Gelegenheit ist, mit Hilfe der
Mächte eine unabsehbare Katastrophe von der Türkei ab-
zuwenden. Diesmal glauben die Mächte noch — ob mit
Recht oder Unrecht, wird sich zeigen — daß ernst gemeinte
und ernst durchgeführte Reformen den drohenden Brand
auf der Balkan-Halbinsel verhindern können, und der Sul-
tan ist nicht der letzte, der Anlaß hat, sich zu der vor sechs
Jahren angebahnten Gemeinsamkeit Oesterreich-Ungarns
und Rußlands zu beglückwünschen. Denn sicherlich wäre
ihm ohne diese Gemeinsamkeit nicht der Weg, die Gefahr
einer Erhebung in Macedonien zu beschwichtigen, in so
lauter und hilfreicher Weise gezeigt und die Freiheit ein-
geräumt worden, von seiner militärischen Macht Gebrauch
zu machen, falls trotz der Anwendung der von den Mäch-
ten vorgeschlagenen Reformmaßregeln die Auflehnung in
Macedonien dennoch erfolgen sollte. Daß diese Reform-
maßregeln aber nicht von jener höchst problematischen Art
sind, wie sie die Pforte so oft schon und noch vor ganz

kurzem inszenierte, um hinter dem Scheine des guten
Willens die habituelle Absicht der Verschleppung zu ver-
bergen, daß sie in der Tat geeignet sind, die Lage der
christlichen Bevölkerung in Macedonien zu verbessern, er-
kennt man auf den ersten Blick. Und zwar vor allem in
den Bestimmungen über die Einsetzung eines General-
inspektors und über die Verwendung und Verwaltung der
Einkünfte der drei macedonischen Vilajets. Der General-
inspektor braucht zwar nicht notwendig ein Christ zu sein,
aber seine Einsetzung erfolgt für eine im voraus zu be-
stimmende Frist, und während dieser ist er unabsehbar,
falls die Mächte seiner früheren Abberufung nicht zustim-
men. Er verfügt, wenn es die Aufrechterhaltung der
öffentlichen Ruhe erfordert, über die osmanischen Trup-
pen, ohne dazu in jedem einzelnen Falle die Genehmigung
der Zentralregierung zu bedürfen. Dieser Generalinspek-
tor ist eine neue völkerrechtliche Figur. Seine Bestallung
empfangt er vom Sultan, aber er ist nicht ein willensloser
Funktionär desselben, sondern seine Einsetzung wie seine
Abberufung erfolgen unter der Zustimmung der Mächte.
Den Wünschen der macedonischen Bevölkerung, welche auf
die Autonomie gerichtet sind, ist zwar mit der Einsetzung
des Generalinspektors keine Folge gegeben, aber es ist
doch gewissermaßen ein Teil der Erfüllung, daß es sozu-
sagen ein autonomer Funktionär sein soll, der an die
Spitze der Verwaltung Macedoniens tritt und in dem,
da er selbst unter dem Schutze der Mächte steht, sich auch
der Wille der Mächte, Macedonien zu schützen, verkörpert.
Die zweite Reformmaßregel von entscheidender Bedeutung
ist diejenige über die Kontrolle und Verwendung der Ein-
künfte. Von einer regelmäßigen Budgetverwaltung war
bisher, wie in keiner Provinz des osmanischen Reiches,
auch in Macedonien nicht die Rede. Alles Geld, das in
Form des Zehnts eingehoben wurde, floß nach Konstan-
tinopel, und was zurückblieb, rann in die Taschen der
Bekas, der Pajchas und ihrer Kreaturen, welche unerfät-
lich und unerbittlich das Volk ausraubten. Die Beamten
bekamen keine Gehalte, die Soldaten keinen Sold. Von
nun an soll in jedem der drei macedonischen Vilajets ein
Budget der Einnahmen und Ausgaben aufgestellt, und
die von der osmanischen Bank kontrollierten Einkünfte
der Provinz sollen in erster Reihe für die Bedürfnisse der
Lokalverwaltung und für die Bezahlung der Civil- und
Militärgehälter verwendet werden. Auch diese Bestim-
mung greift einem jäheklischen Uebelstande an die Wurzel,
wenn sie ernst und gewissenhaft beobachtet wird. Durch
die Reorganisation der Polizei und Gendarmerie mit
Hilfe auswärtiger Fachmänner, die Auswahl der Gen-
darmen und Feldhüter nach dem Verhältnis der musel-
manischen und christlichen Bevölkerung, die Verhütung
arnautischer Ueberfälle auf die christlichen Nachbarn, die
Annektierung aller wegen politischer Vergehen während
der letzten Unruhen angeklagten und verurteilten Per-
sonen wird das österreichisch-russische Reformprogramm
vervollständigt und es unterliegt keinem Zweifel, daß auch
damit aufreizenden und empfindlichen Uebelständen ab-
geholfen werden kann. Doch liegt der Schwerpunkt
immer in der Einsetzung des unter der Zustimmung der
Mächte zu ernennenden Generalinspektors, der nach den
Bürgschaften seiner Stellung gewissermaßen eine völker-
rechtliche Institution verkörpert, und in der Verwaltung
und Verwendung der eigenen Einkünfte Macedoniens zu
seiner eigenen Wohlfahrt. Diese durchgreifenden Reue-
rungen können sofort durchgeführt werden und sich sofort
bewähren. Macedonien braucht auf ihren Segen nicht
lange zu warten und an ihm nicht ungeduldig zu ver-
zweifeln. Die Reformen sind angebahnt; jetzt handelt es
sich zunächst darum, sie ernst und entschieden durchzu-
führen.

Die Stellung der russischen Regierung.

St. Petersburg, 25. Febr. Der „Regierungsbote“ ver-
öffentlicht folgende Rundgebung der Regierung:
Das politische Leben glaubensverwandter Völkerschaften un-
ermüdet verfolgend, hat die kaiserliche Regierung, durch ihre
Agenten über die wahre Sachlage rechtzeitig unterrichtet, nicht
aufgehört, die Aufmerksamkeit der Pforte auf die unaufschieb-
bare Notwendigkeit der Verbesserung der Lage der Christen in
den Vilajets Salonik, Kossowo und Monastir zu richten. Dem
im Oktober 1902 nach Malta berufenen Vorkommissar in Kon-
stantinopel wurde die Ausarbeitung eines Projektes der wesent-
lichsten Reformen aufgetragen mit der Anweisung, die Pforte
auf das dringende Bedürfnis ihrer schnellen Anwendung hin-
zuweisen zu gründlicher Beseitigung der Ursachen der Unzufrie-
denheit. Eine Mitteilung gleichen Inhalts erhielt auch der
türkische Gesandte, der den Kaiser in Livadia begrüßte. Die
türkische Regierung erklärte sich bereit, die freundschaftlichen
Ratschläge zu befolgen. Das im November 1902 veröffent-
lichte Reform-Trade enthielt aber keine genügende Gewähr für
die Verbesserung der Lage der Christen, diente daher auch nicht

zur vollständigen Beruhigung. Trotz der den Balkanstaaten
erteilten Ratschläge dauerte die Bewegung der revolutionären
Komitees zur Aufhebung der Bevölkerung gegen die Pforte fort.
Angesichts der außerordentlich beunruhigenden Lage beauf-
tragte der Kaiser den Minister des Auswärtigen, Anfang Sep-
tember Belgrad und Sofia zu besuchen und dort im Namen des
Kaisers eine Mitteilung folgenden Inhalts zu machen: „Nach
wie vor sind Rußlands Bemühungen darauf gerichtet, die Pforte
zu den schnellsten Reformen in den drei Vilajets zu veranlassen.
Es ist daher unerlässlich, daß die slavischen Staaten ihrerseits
die möglichen Maßnahmen zur Wahrung der Ruhe auf dem
Balkan treffen und den Revolutionären Widerstand entgegen-
setzen. Nur so können sie auf Rußland rechnen.“ Der König
von Serbien und der Fürst von Bulgarien bekligten sich, dem
Minister Grafen Lambsdorff zu versichern, daß ihre Regie-
rungen bemüht sein werden, die fernere Agitation zu unter-
drücken. Sie würden das Ergebnis des Wirkens Rußlands für
die Christen abwarten.“ Nachdem diese Versprechungen erfüllt
waren, sprach die kaiserliche Regierung der bulgarischen Regie-
rung für die in der jüngsten Zeit ergriffenen Maßregeln ihre
volle Billigung aus. Graf Lambsdorff reiste von Belgrad
nach Wien, wo zwischen den beiden Ministern des Auswärtigen
gemäß dem Abkommen von 1897 Beratungen stattfanden.
Diese endeten mit der Feststellung der Hauptgrundlage der ge-
planten Reformen in den Vilajets. Anfangs Januar wurde
das Programm den Vorkommissaren Rußlands und Oesterreich-
Ungarns in Konstantinopel mitgeteilt; nach Beratung der ört-
lichen Verhältnisse sollten diese ein ausführliches Reformprojekt
für die drei Vilajets ausarbeiten. Nach dessen Genehmigung
durch beide Regierungen wurde das Projekt am 17. Januar den
Signatarmächten (des Berliner Vertrages von 1878) ver-
traulich mitgeteilt mit dem Ersuchen, im Falle der Billigung
Rußland und Oesterreich-Ungarn bei der Pforte zu unterstützen.
Deutschland, Frankreich, Italien und England drückten ihre
volle Bereitwilligkeit hierzu aus. Die Vorkommissar Rußlands
und Oesterreich-Ungarns wurden sodann beauftragt, das Re-
formprojekt dem Sultan vorzulegen. Nach einer zusammen-
fassenden Darstellung der Reformvorschläge heißt es im „Re-
gierungsbote“ dann weiter: „Diese Maßnahmen, welche eine
weitere Entwicklung in der Zukunft finden können, erscheinen
genügend, eine wesentliche Verbesserung des Lebens der Christen
zu sichern. Außerdem soll in einigen Gegenden — unter Lei-
tung der Vorkommissar in Konstantinopel — eine sorgfältige Ueber-
wachung durch die Konsuln über die Anwendung der Reformen
organisiert werden. Die durch das Opfer Rußlands zu einem
selbständigen Leben berufenen Balkanstaaten dürfen zuversicht-
lich auf die beständige Fürsorge der Regierung für die tatsäch-
lichen Bedürfnisse, sowie auf den mächtigen Schutz der geistigen
und materiellen Interessen der Christen rechnen; sie dürfen dabei
aber nicht aus dem Auge verlieren, daß Rußland nicht einen
Tropfen Blut seiner Söhne und nicht den kleinsten Teil des
Erbes des russischen Volkes opfern wird, wenn die slavischen
Staaten entgegen dem rechtzeitig erteilten und besonnenen Rat-
schlag durch revolutionäre und gewaltsame Mittel eine Verände-
rung der bestehenden Ordnung auf der Balkanhalbinsel anzu-
streben sich entschließen sollten.“

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

Berlin, 25. Februar.

Abg. Müller-Meiningen (freis. Volksp.) beklagt sich über
die Handhabung der Verordnungen der Geheimmittel.
Die Chemiker empfänden sehr schwer, daß Arzneien auf den
Geheimmittelländer gesetzt würden, ohne daß die Gründe dafür
angegeben würden. Für die Presse seien bezüglich der Auf-
nahme von Interaten so kauschulastige Bestimmungen ge-
troffen, daß sich jeder Interatenredakteur einen eigenen Chemiker
zulegen müßte.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Liste der Ge-
heimmittel ist noch nicht veröffentlicht, weil sich aus den
Streifen der Interessenten selbst Bedenken geltend gemacht
haben. Es sollen nochmals engere kommissarische Verhand-
lungen stattfinden. Sobald die Geheimmittel festgesetzt sind,
werden Schwierigkeiten für die Presse nicht mehr existieren. Ob
Pain Expeller auf die Liste der verbotenen Mittel gesetzt wer-
den soll, kann ich gegenwärtig noch nicht entscheiden. Wir
werden nicht allzu scharf vorgehen.

Abg. Dertel (konf.): Es ist auf dem Gebiete des Geheim-
mittelwesens ein Unwesen und eine Unsicherheit eingetreten,
daß selbst der vorichtigste, unrichtige und gewissenhafteste
Annoncenredakteur immer die Hand am Portemonnaie haben
muß, um Geldstrafen zu bezahlen.

Abg. Müller-Meiningen (freis. Volksp.) spricht nochmals
für Pain Expeller.

Abg. Waldow-Reichenstein (konf.) rühmt die ver-
dienstvolle Tätigkeit der biologischen Abteilung für Land- und
Forstwirtschaft im Reichsgesundheitsamt und wünscht, daß die
Mitteilungen und Veröffentlichungen dieser Abteilung mög-
lichst weite Verbreitung finden mögen.

Abg. Müller-Sagan (freis. Volksp.): Es wäre vielleicht
besser, wenn sich die biologische Abteilung nicht durch so viele
Einzelfragen zerstückelte, sondern allgemeine Fragen nach-
drücklich verfolgte.

Abg. Schmidt-Frankfurt a. M. (Soz.) fragt, wie es mit
der Schaffung eines Reichswohnungsamtes und
einer Reichswohnungsinspektion stände, ob etwas, wenn auch
noch so spärliches, von Reichswegen, wie zugesagt sei, ge-
schehen wäre.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Es ist ein Aus-
schuß gebildet worden, der die Aufgabe hat, die Frage der
Wohnungshygiene zu studieren. Daß noch keine Erfolge erzielt
sind, liegt an der geschäftlichen Ueberlastung des Reichsgesund-
heitsrats. In Preußen wird ein Wohnungsgesetz vorbereitet.
Dieses wird für den Reichsgesundheitsrat die Grundlage geben.
Die Frage ist keineswegs vergessen.

Das Kapitel „Reichsgesundheitsamt“ wird hierauf genehmigt.

Beim Kapitel „Patentamt“ spricht Abg. Faasche (nat.-lib.) die Hoffnung aus, daß bei der Vermehrung des Personals künftig eine schnellere Erledigung der Arbeiten erfolge. Er wünscht eine Vermehrung der höheren Stellen, damit das Abancement der Beamten ein günstigeres werde.

Ministerialdirektor Tzelle: Diese Frage ist sehr schwierig. Mit bloßen Gehaltserhöhungen sei sie auch nicht zu erledigen.

Abg. Müller-Meinungen (freis. Volksp.): Er habe sich in den Vorjahren wiederholt über Mangel an Einheitslichkeit in der Rechtsprechung und über Mängel des Patentamtswesens und ähnliches beklagt. Er könne dies Material in diesem Jahre noch erweitern, verzichte aber darauf, da mit einem Wechsel im Präsidium des Reichspatentamts zu rechnen sei. Er werde nach Ablauf der Schonzeit sich wieder melden.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Eichhoff und des Staatssekretärs Graf Posadowsky beginnt die Beratung des Kapitels „Reichsversicherungsamt“.

Präsident Graf Vallestrom richtet an die Abgeordneten die Bitte, sich nach der achtstägigen sozialpolitischen Debatte bei dem Titel „Gehalt des Staatssekretärs“ wieder auf die speziellen Themata zu beschränken.

Abg. Schmidt-Warburg (Zentr.): Die Versicherungsanstalten lieben Millionen als Darlehen aus. Es sei merkwürdig, daß dies zu verschiedenen Einsätzen geschehe. Er möchte wissen, an welche Anstalten diese Darlehen gegeben werden, um zu sehen, ob hier etwas konfessionell differenziert werde.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Was die Einlage von Kapitalien durch Versicherungsanstalten betreffe, so habe er bereits veranlaßt, daß den Geschäftsberichten eine genaue Nachweisung beigelegt werde. Ueber die Verschiedenheit der Prozentfüße könne er keine Auskunft geben. Es werde der Gesichtspunkt maßgebend sein, wohltätige und humanitäre Zwecke zu fördern, aber auch die Sicherheit der Anlage.

Abg. Mörike-Deffau (freis. Vereinig.) verbreitet sich über allgemeine sozialpolitische Fragen und über die Arbeitergesetzgebung, gegen welche die Mitglieder der Rechten gestimmt hätten, und polemisiert gegen die Ausführungen der Abg. Gamp und Hilb gelegentlich der Beratung über den Titel „Staatssekretär des Innern“. Als Mitglied des Ausschusses der Berliner Versicherungsanstalt müsse er gegen den Vorwurf des Luxus an dieser Anstalt protestieren.

Abg. Mollath (Soz.) bemängelt die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes.

Nach kurzer Bemerkung des Abg. Schmidt-Warburg verläßt sich das Haus um morgen 1 Uhr.

Tagesordnung: Petitionen, Reichsamt des Innern, Krankenkassenmoelle. — Schluß 6 1/2 Uhr.

* Berlin, 25. Februar.

(Telegraphischer Bericht.)

Am Bundesratsstische: Staatssekretär Graf Posadowsky.

Präsident Graf Vallestrom eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Das Haus ist sehr schwach besetzt. Nach Erledigung einer Reihe von Petitionen nach den Kommissionsbeschlüssen setzt das Haus die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern bei Titel „Reichsversicherungsamt“ fort.

Abg. Söck weist darauf hin, daß die Zahl der Unfälle in der letzten Zeit sich wieder vermehrt hat. Die im Etat vorgesehene Personalvermehrung genügt nicht. Redner führt dann Beschwerde über das System der Vertrauensärzte und der Rentendrücker seitens der Berufsgenossenschaften.

Abg. Gamp betont dem Abg. Mörike gegenüber, die eigentlichen Träger der sozialpolitischen Gesetzgebung seien die Rechte, das Zentrum und die Nationalliberalen, während die Freisinnigen im Prinzip gegen dieselben waren.

Abg. Dr. v. Jagdewski bezeichnet es als einen Mangel, daß Unfälle, die dem Arbeiter auf dem Wege zur Arbeit treffen, keinen Anspruch auf Entschädigung haben.

Abg. Crüger wünscht, daß die Versicherungsanstalten sich mehr der Arbeiterwohnungsfrage annehmen und sich auch zur Trägerin des Sparwesens machen.

Abg. Schrader bemerkt, seine Partei nehme stets warmen Anteil an den sozialpolitischen Bestrebungen.

* Berlin, 26. Febr. Die Budgetkommission des Reichstages setzte die Beratung des Militär-

etats fort und lehnte die erste Rate von 150 000 M. für den Neubau eines Dienstgebäudes für das General-Kommando in Frankfurt a. M. ab. Eine längere Debatte entpinnst sich bei der Forderung von 1 500 000 Mark für einen Truppenübungsplatz bei Neuhammer. General v. Gallwitz macht sodann Mitteilungen über die Ueberführungen des Vorschlages. Mehrere Redner sprechen sich scharf tadelnd dagegen aus. Die Kommission nahm schließlich die von Müller-Zulda eingebrachte Resolution an, wonach bei künftigen Forderungen für neue Truppenübungsplätze zuvor genaue Entwürfe und Kostenanschläge festzustellen seien.

Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 26. Februar.

Die Großherzoglichen Herrschaften verweilen gestern abend längere Zeit im Palais Seiner Großherzoglichen Hoheit des Prinzen Karl bis etwas mehr Verübung im Befinden des Prinzen eingetreten war.

Im Laufe des gestrigen Vormittags richtete Seine Königliche Hoheit der Großherzog einen telegraphischen Glückwunsch an den Minister a. D. Dr. August Eigenlohr zu seinem 70. Geburtstag.

Seute früh 10 Uhr besuchten die Höchsten Herrschaften wieder Seine Großherzogliche Hoheit den Prinzen Karl. Von 11 Uhr an nahm Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Vortrag des Ministers Dr. Schenkel entgegen und empfing hierauf den Generaladjutanten von Müller zur Vortragserstattung.

Bald nach dem Frühstück begaben sich Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin in das Atelier des Professors Schönleber; von hier aus besuchte Seine Königliche Hoheit der Großherzog nochmals Höchstseinen Bruder.

Abends von 6 Uhr an hörte Seine Königliche Hoheit die Vorträge des Geheimrats Dr. Freiherrn von Vabo und des Legationsrats Dr. Seyb.

Am späteren Abend werden die Großherzoglichen Herrschaften wieder bei Seiner Großherzoglichen Hoheit dem Prinzen Karl verweilen.

Bei Seiner Großherzoglichen Hoheit dem Prinzen Karl trat im Laufe des gestrigen Tages eine leichte Verringerung des Allgemeinbefindens ein.

Gegen Abend zeigte sich wieder höheres Fieber, welches im Laufe der Nacht nachließ.

Die entzündlichen Veränderungen der Lungen haben Neigung, sich zurückzubilden.

Der Puls ist regelmäßig ruhig, 68 bis 70 Schläge in der Minute.

gez. Dr. Battelner.

* Theologische Vorprüfung. Die in diesem Frühjahr abzuhaltende theologische Vorprüfung soll Dienstag, den 21. April d. J., vormittags 9 Uhr, ihren Anfang nehmen. Gesuche um Zulassung zu dieser Prüfung sind spätestens bis zum 21. März d. J. an den Evangelischen Oberkirchenrat zu richten. Alles Nähere besagt die Bekanntmachung in Nr. III des kirchl. Gesetzes- und Verordnungsblattes.

* Theologische Hauptprüfung. Die theologische Hauptprüfung der evangelischen Pfarrkandidaten beginnt Dienstag, den 28. April d. J., vormittags 8 Uhr. Die Meldungen um Zulassung zu dieser Prüfung sind spätestens bis zum 28. März d. J. bei dem Evangelischen Oberkirchenrat einzureichen. Die näheren Angaben können aus dem kirchl. Gesetzes- und Verordnungsblatt Nr. III veröffentlichten Bekanntmachungen ersehen werden.

(Großherzogliches Hoftheater.) Die reizvolle Meißneroperette „Der Zigeunerbaron“, deren Freude und Frohsinn spendende Wunderkraft niemals ihre Wirkung verfehlen dürfte, sollte dies auch am Sonntag wieder bei ausverkauftem Hause bewähren, als ganz vortrefflich geeignet und sehr willkommene Wahl für die heitere Faschingszeit. Gespielt wurde ungemein flott, überhaupt machte die ganze Aufführung unter Motzls Leitung, durch die trefflichen Leistungen der Chöre bei den jeweiligen Finales einen ungemein schwingvollen Eindruck. Frau Motzli tat sich mit einer außerordentlich temperamentvollen Wiedergabe der Saffirühmlichkeit hervor, gelanglich vorzüglich disponiert, leistete sie damit wirklich Hervorragendes. Herr Buffards padende Darstellung des Bariton ist bekannt und vermochte aufs neue lebhaft zu interessieren. Fräulein Ertzger gab zum erstenmal die alte „Gaira“, sie hatte die Rolle charakteristisch ganz ausgezeichnet herausgearbeitet. Die übrigen Darsteller, deren Leistungen gelegentlich früherer Aufführungen schon besprochen, fügten sich dem Ensemble würdig an.

Was uns am Montag das Gesamtgastspiel des Elsässischen Theaters aus Straßburg mit der Aufführung des Lustspiels (richtiger wäre Schwan) „Der Kandidat“ von G. Stoskopf im Grob. Hoftheater gebracht hat, war ziemlich dasselbe, was uns vor drei Jahren das nämliche Ensemble mit dem gleichfalls Lustspiel genannten „Der Herr Maire“ desselben Verfassers vorgelegt hat. Die Vorstellung war nur mäßig besucht, aber wir haben selten in unserem Hoftheater ein so laudables Publikum beobachten können. „Der Kandidat“ ist, wie „Der Herr Maire“ ein elsässisches Volksstück, bei dem aber der Charakter des Sittenbildes unter der Heberladung mit geschulten Momenten fast ganz verloren geht. Der Grund für die starke Wirkung liegt im Dialekt, der mit der eines Blumenthal-Adelburg würdigen Routine zu komischen Effekten ausgenutzt ist und in der ganz nach Postenhaner erbarmungslosen Ausbeutung der vielen zum Teil geschickten eingetretenen Schläger. Die satirische Tendenz kommt kaum zur Geltung, die einzig dominierende hervortretende Tendenz ist und bleibt eben, wie beim „Herrn Maire“, darauf gerichtet, einen möglich ausgiebigen Lacherfolg zu erzielen. Abgesehen von mannigfachen Uebertreibungen, ist der Stoff im ganzen gut erfunden, zumal mit Rücksicht darauf, daß er dem Verfasser die schönste Gelegenheit bietet, neben der anregenden Gesamtwirkung des Dialekts auch die interessantesten Eigenheiten elsässischer Mundart zur Geltung zu bringen. Die Titelrolle führt uns einen ungebildeten Rentier vor, der in einem Straßburger Vorort zu den Magistratswahlen als Kandidat aufgestellt wird, er läßt sich, in seiner hilflosen Torheit, von verschiedenen Seiten dazu überreden, sich auf drei Parteiprogramme zu verpflichten. Als er daraufhin mit großer Mehrheit im Wahlkampf siegt, und seine unerhörte politische Vielseitigkeit aus Tageslicht kommt, wird er von seinem schlaun Schwiegervater in spe zum Kompromißkandidaten ernannt, worauf die unnatürlich gutmütigen Parteivertreter auch eingehen. Die Darstellung dieser Rolle, mit der das Stück steht und fällt, war bei Herrn Adolf Horst, den wir schon als Herrn Maire kennen gelernt haben, in besten Händen. Die besonders starke Betonung des komischen entspricht der ganzen Tonart des Stückes, im übrigen war es eine durchaus künstlerische Leistung. Auch die übrigen Rollen zeigten eine bis ins Detail gehende, sorgfältige Einstudierung und viel schauspielerisches Können. Das Zusammenpiel war flott und sicher, kurz die Gesamtdarstellung eine sehr anerkennenswerte, der von den üblichen Mängeln dilettantischer Darbietungen kaum etwas anzumerken war. Das Publikum am, wie gelangt, aus dem Laden gar nicht heraus und konnte sich an Beifallsbezeugungen nicht genug tun. — Am Dienstag vormittag gab es eine Fastnachtsvorstellung. Das Kindermärchen „Mottkäppchen“ in der Weilschen Einrichtung, und „Max und Moritz“, mit einem Epilog von Direktor Hande, wurden gegeben. Daß die Aufführung von der großen Schar der zum Teil in netten Masken kostümierten anwesenden kleinen mit lauter, jubelnder Vegetierung aufgenommen wurde, braucht nicht erst gesagt zu werden.

(Großherzogliches Konservatorium für Musik.) Das achte Vorspiel (Vorbereitungsclassen) fand am Dienstag, den 17. Februar 1903, abends halb 7 Uhr, im Konzertsaal der Anstalt statt. Das nächste Vorspiel (Ausbildungsclassen) wird am Dienstag, den 3. März, abends halb 7 Uhr, im Konzertsaal veranstaltet.

(Im dritten Extra-Künstler-Konzert — Hans Schmidt) am Montag, den 2. März, werden wir den berühmten Violoncellisten Professor Johannes Meschaert hören. Meschaert, ein geborener Holländer, ist uns kein Fremder mehr; schon im letzten Jahre hatten wir Gelegenheit, ihn hier kennen zu lernen. Ueberall gehört Professor Meschaert zu den beliebtesten Erscheinungen des Konzertsaales. In vielen Städten gibt er jährlich vier bis sechs Liederabende im Abonnement, welche bereits alle schon zu Anfang der Saison ausverkauft sind. Professor Meschaert wird gewiß auch dieses Mal auf unser Publikum eine große Anziehungskraft ausüben.

Die Luft im Hause und im Freien.

Herr Hofrat Professor Dr. Weidinger hielt am 19. Februar im „Deutschen Verein für Volkshygiene“, Ortsgruppe Karlsruhe, einen Vortrag über „Die Luft im Hause und im Freien“. Derselbe besprach vorerst die Eigenschaften der Luft im allgemeinen im Hinblick auf ihren mit der Höhe abnehmenden Druck und ihre Ausdehnbarkeit, ferner ihre Zusammensetzung aus nahe vier Teilen Sauerstoff und einem Teil Sauerstoff, wozu dann noch eine geringe Menge Kohlenäure (4 Volum in 10 000 Volum Luft) und sehr wechselnde Mengen von Wasserdampf (in gesättigter Luft bei 0 Grad 5 Gramm, bei 30 Grad Celsius 27 Gramm in 1 Kubikmeter) kommen. Zu diesen, für das gesamte organische Leben durchaus notwendigen Bestandteilen der Luft kommen dann noch minimale Mengen anderer Stoffe, welche auf das Wohlbefinden, das Wohlbefinden der Menschen sich von großem Einfluß erweisen können. Dahin gehören vor allem die Gerüche, welche von uns bald angenehm, bald unangenehm empfunden werden, aber nicht immer vorhanden sind — die Luft in ihren Hauptbestandteilen hat keinen Geruch. Ferner sind in der Luft überall vorhanden kleinste Lebewesen, Mikroorganismen, die von den Lungen beim Einatmen aufgenommen werden und auch mit den Speisen in den Magen gelangen. Diese als Bakterien bezeichneten Stoffe können günstig wie ungünstig auf den Lebensprozeß einwirken, sie sind die Ursache der sogenannten ansteckenden Krankheiten, wie Tuberkulose, Typhus, Scharlach, Cholera, Diphtherie u. s. w. Für das gesamte organische Leben sind sie unentbehrlich, indem sie auch die Ursache sind, daß die abgestorbenen Pflanzen und Tiere wieder in Bestandteile der Luft zerfallen. Zu den mehr gelegentlichen Beimengungen der Luft gehört auch der Rauch und der im Freien von dem aufgewirbelten Staub, der sich übrigens bei ruhiger Luft in der Hauptsache bald zu Boden setzt; auch im Hause kann sich derselbe durch den Verkehr bilden. — Die Luft im Hause und im Freien kann sich wesentlich von einander unterscheiden, sowohl in ihren Hauptbestandteilen, wie in ihren besonderen gelegent-

lichen, mehr oder weniger zufälligen Beimengungen, namentlich der Bakterien. Durch den Lebensprozeß wird die Luft in ihrer Zusammensetzung verändert. Der durchaus notwendige Sauerstoff wird beim Einatmen in das Blut übergeführt, und beim Ausatmen wird eine entsprechende Menge Kohlenäure abgegeben. Erhebliche Verminderung des Sauerstoffs und Zunahme der Kohlenäure in der Luft wirkt nachteilig auf das Leben. Dazu kommt, daß durch Lungen und Haut fortwährend Wasser als Dampf abgegeben wird, im Mittel 1 Liter vom Erwachsenen in 24 Stunden, wodurch die Feuchtigkeit in der Luft erheblich gesteigert werden und eine ungünstige Auswirkung auf den Körper erfolgen kann. Endlich können sich auch die gesundheitsgefährlichen Bakterien in den Wohnräumen erheblich vermehren und auf die gesunden Bewohner nachteilig einwirken. — Die Luft im Freien bleibt im ganzen gleichmäßig zusammengesetzt, nur der Wasserdampf unterliegt je nach Windrichtung erheblichen Schwankungen. Die beim Lebensprozeß von Menschen und Tieren, sowie nach deren Absterben durch die Einwirkung der Bakterien entstehende Kohlenäure kann wohl kleine lokale Veränderungen zeigen, im großen ganzen bleibt ihr Betrag in der Luft jedoch unverändert, da die Pflanzen sich aus ihr aufbauen, indem sie dafür Sauerstoff abgeben. Gesundheitsschädliche Bakterien können im Freien nur örtlich gebildet werden, namentlich von stehenden Gewässern, besonders im Süden. In den Waldungen, besonders der Nadelwälder, erweitert sich dafür die Luft infolge aromatischer Auscheidungen oft hygienisch besonders wirksam. — Im Hause müssen wir nun suchen, die Luft entsprechend zu erhalten; dies ist im ganzen nur möglich durch öftere Erneuerung der eingeschlossenen veränderten Luft, durch Ventilation. Bei großen Anlagen, wie Theatern, Konzertsälen, Spitälern, geschieht solches vielfach durch künstliche Einrichtungen unter Mitwirkung von Gebläsen, wobei besonders darauf zu achten, daß durch die zugeführte frische Luft kein kühlender Zug entsteht, welcher mehr belästigen kann als die chemisch veränderte Luft, die man oft kaum empfindet. In dem Hause bleibt zumeist kein anderes Mittel, als Öffnen

der Fenster auf einige Minuten, was auch mehrmals des Tages wiederholt werden sollte — je nach den besonderen Verhältnissen, der Stärke der Veränderung der Luft. In größeren, von nur wenigen Menschen bewohnten Räumen kann unter Umständen eine einmalige Lüftung am Morgen genügen. Wie sollte ein merklicher Geruch in den Wohnzimmern wahrzunehmen sein, wenn man aus dem Freien kommt, wobei übrigens zu bemerken, daß Tabakgeruch unschädlich ist. Von besonderer Bedeutung ist auch die Lüftung in den Schulen, die nicht überall genügend beachtet wird. Die vielen Kinder können die Luft in den Schulräumen in kurzer Zeit erheblich verändern, so daß sie ungünstig auf den Gesundheitszustand einwirkt, namentlich bei grassierenden Krankheiten. Man hat nun mehrfach besondere Ventilationseinrichtungen bei Schulen angebracht, die jedoch unschädlich sind und nicht immer richtig bedient werden, auch oft Kosten in der Anlage und im Betrieb erfordern. Im großen ganzen kann es hier genügen, wenn jede Stunde alle Fenster auf 5 bis 10 Minuten geöffnet werden, wobei natürlich alle Kinder zu entfernen sind; die kurze Zeit genügt, um den Raum mit frischer Luft zu erfüllen. Es hat dieses einfache Mittel auch Geh. Medizinalrat Dr. Krieger in Straßburg in seiner 1899 erschienenen Schrift „Der Wert der Ventilation“ besonders empfohlen. — Nicht selten wird die Luft beim Gewerbebetrieb nachteilig verändert, namentlich durch den bei der Arbeit sich bildenden Staub, der mechanisch auf die Lungen einwirkt. In manchen Fällen kann man denselben im Augenblick des Entstehens durch Gebläse entfernen, nicht selten verbreitet er sich jedoch in der ganzen Luft, so in den Schreinerereien; dann kann man ihn nur durch vor die Nase und Mund angebrachte Respiratoren zurückhalten, die allerdings unbequem sind und nur selten angewendet werden.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag, 26. Febr. Abt. C. 40. Ab.-Vorst. (Mittelpreise.) „Der schwarze Domino“, Oper in 3 Akten, nach dem Französischen bearbeitet von Feyta. v. Richenstein, Musik von Huber. Anfang 7 Uhr, Ende nach halb 10 Uhr.

(Deutsche Kolonialgesellschaft, Abt. Karlsruhe.) Wir weisen nochmals auf den Vortrag hin, den der um das deutsche Kolonialwesen hochverdiente Forscher Dr. Frey, zurzeit Leiter des botanischen Gartens in Kamerun, morgen Freitag, abends 8 Uhr, im Museumssaal halten wird. Das Thema des vielversprechenden Vortrages lautet: „Meine Expedition nach Zentral- und Südamerika und ihre Verwertung für die deutschen Schutzgebiete.“ Die in letzter Zeit in erfreulich großer Anzahl neu eingetretenen Mitglieder haben morgen zum ersten Mal Gelegenheit, sich an der nach dem Vortrage stattfindenden Generalversammlung zu beteiligen. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Bericht über das abgelaufene Vereinsjahr, 2. Neuwahl des Vorstandes, 3. Hauptversammlung in der Pfingstwoche.

(Aus dem Polizeibericht.) Vorgestern abend 7 Uhr entstand in einer Wohnung der Scheffelstraße dadurch ein Zimmerbrand, daß ein Fenstervorhang Feuer fing und ein Fahrnißschaden von nahezu 400 Mark verursacht wurde. Die Höhe des Gebäudeschadens konnte bis jetzt noch nicht ermittelt werden. — Ein 23 Jahre alter Kaufmann von hier schwindelte einem hiesigen Birt vor, er sei Vertreter der „Ausfunkei Hansa“ in Offenburg, nahm ihn als Mitglied auf und dafür 1 Mark Aufnahmegebühr und 10 Mark als jährlicher Beitrag ab. Als sich der Birt später nach Offenburg wanderte, mußte er erfahren, daß sich der angebliche Vertreter irgendwo Prospekte und Aufnahmeformulare zu verschaffen mußte und nicht im Auftrag der „Hansa“ tätig sei. Der Kaufmann hat dem Birt außerdem noch Hundengelder eingezogen und unterschlagen. — Am 22. d. M., nachmittags, suchten zwei Unbekannte in der Sofienstraße in einer ersten Stockwohnung ein zu brechen; sie wurden aber von einer Hausbewohnerin gefürcht und mußten unverrichteter Sache wieder abziehen. Dagegen ist es denselben gelungen, in der gleichen Straße abends eine Karterrenwohnung mittels Nachschlüssel zu öffnen und daraus eine elektrische Lampe, eine Halsbinde mit goldener Nadel zu stehlen.

Seibelsberg, 25. Febr. Das allgemeine Programm für das Universitätsjubiläum im laufenden Jahre ist nunmehr fertiggestellt und umfaßt die Zeit vom 27. bis 31. Juli dieses Jahres. — Der Karneval hat sich auch in diesem Jahre sehr glänzend gestaltet. Der von der Karnevalgesellschaft veranstaltete Maskenzug fiel, begünstigt von dem schönen Wetter, sehr prächtig aus. Peripetone, Musikcorps, allegorische und humoristische Wagen, Gruppen und Darstellungen, welche lokale Vorgänge veranschaulichten, vereinigten sich zu einem bunten, erheiterten und erfreulichen Gesamteindruck. Von den Maskenbällen ist besonders der des Liederfranzes als echte Karnevalsveranstaltung zu bezeichnen.

Baden, 25. Febr. Aus Anlaß des 70. Geburtstages, welchen der frühere Minister des Innern, Seine Excellenz Dr. Eisenlohr heute hier in voller Mithatigkeit feiert, überbrachte eine Deputation, bestehend aus Oberbürgermeister Gönner, Bürgermeister Piefer und Stadtrat Weber, dem Jubilar die Glückwünsche der Stadtgemeinde Baden-Baden. Nachmittags traf Seine Excellenz der Herr Minister des Innern Dr. Schenkel mit mehreren Ministerialräten zur Beglückwünschung ein. Aus allen Kreisen des Landes gingen Herrn Dr. Eisenlohr Glückwünsche zu, welche der Verehrung, die dem um Baden hochverdienten Minister allenthalben entgegengebracht wird, Ausdruck geben.

Kleine Nachrichten aus Baden. Aus Freiburg wird gemeldet: Der Hausbesitzer Weiser hat eingestanden, am 15. Oktober 1899 die Maria Josefa Kirchhofer im Sternwald erschossen zu haben. Weiser behauptet, die Kirchhofer sei hiermit einverstanden gewesen. Er habe mit ihr vereinbart gehabt, zuerst sie und dann sich selbst zu erschießen. Nach Fötung der Kirchhofer habe er aber nicht mehr den Mut zum Selbstmord gehabt. — Die „Freiburger Zeitung“ meldet: Die Firma Mechanische Wundweberei, Fr. Vanholzer & Co. in Lörrach hat ihre Zahlungen eingestellt. Außer dem Gesellschafts- und Kommanditkapital, etwa 400 000 Mark, welches gänzlich verloren ist, weist der Status noch eine beträchtliche Unterbilanz auf. Beteiligt sind neben den Kommanditären (einige Basler Herren) in der Hauptsache auswärtige Spinnereien mit zum Teil hohen Beträgen, sowie auch eine Basler und Bräcker Bank. Es sollen unerlaubte Manipulationen vorliegen, um eine schon länger bestehende Insolvenz zu verdecken.

Der französisch-siamesischer Vertrag.

(Telegramme.)

Paris, 25. Febr. In einem Schreiben, welches Minister Delcassé wegen der neuen Verhandlungen zur Abänderung des französisch-siamesischen Vertrags an den Präsidenten der Kommission für auswärtige Angelegenheiten und die Kolonien gerichtet hat, bestätigt er den Eingang des Planes des Gouverneurs von Indochina, eines Mannes, dessen Ausführung erst vorherige Verhandlungen mit der siamesischen Regierung erfordern würde. Deshalb, und weil die von Doumergue, dem früheren Gouverneur von Indochina verlangten Mitteilungen noch nicht zur Stelle sind, bitte er die Kommission, seine Erklärungen noch aufzuschieben zu können. Der Präsident der Kommission, Etienne, erwiderte, daß die Kommission, der Bitte Delcassés entsprechend, ihre Arbeiten vertage. Das Mitglied der Kommission, Deloncle, erklärte: Siam, von seinem Erfolge herab, erlaube sich alles gegen Frankreich. Delcassé werde jetzt nur schwer die Revision des Vertrages, dem er so wohlwollend seine Zustimmung gegeben habe, von Siam erlangen.

Paris, 26. Febr. Wie „Figaro“ schreibt, ist der Vorschlag des Gouverneurs von Indochina über die neuen Verhandlungen mit Siam keineswegs politischer Natur. Der Gesamtcharakter des französisch-siamesischen Vertrages wird dadurch nicht geändert. Der Vorschlag ist rein wirtschaftlich und bezieht sich auf den Bau zweier Eisenbahnlinien, die für die Handelsentwicklung Indochinas nötig sind, und über siamesisches Gebiet führen sollen. Die nationalistischen Mütter behaupten, die Vertagung und Anbahnung neuer Verhandlungen bedeute in dieser Frage eine schwere Schlappe für Delcassé.

Aus dem englischen Parlament.

(Telegramme.)

London, 25. Febr. Unterhaus. In der fortgesetzten Debatte beantragt John Redmond (Ire), daß die irische Landbill, welche im Laufe der Session eingebracht werden solle, voll und ganz Bezug nehme auf die Beschlüsse der Konferenz zwischen den irischen Besitzern und Pächtern, die zum Kompromiß in der Landfrage gelangt sind. Alle Klaffen Irlands hätten das Kompromiß angenommen, es könne aber nicht eingeführt werden, wenn nicht vom Schatzamt die nötige Hilfe gewährt werde, um die Differenz zwischen dem nötigen Betrag, den der Pächter zu zahlen bereit sei für den Ankauf von Land und dem Betrag, den der Besitzer dafür zu erhalten wünsche, zu decken. Die Regelung der Landfrage werde in

dessen nicht die Home-Rule-Frage regeln, würde aber die Home-Rule-Frage erleichtern.

Parlamentssekretär für Irland, Wyndham, lehnt es ab, irgend welche Erklärungen bezüglich der Beschlüsse jener Konferenz abzugeben, solange die Landbill noch nicht vorliege. Er gab die Wichtigkeit der Beschlüsse zu und drückte die Hoffnung aus, daß man demselben guten Willen, der jene Beschlüsse zu stande gebracht habe, auch bei der Beratung der Landbill im Hause nachsehen werde, und daß die Verzögerung, die früher in Irland bestanden habe, jetzt der Hoffnung Platz mache.

John Morley (liberal) legt dar, daß die Ausführung der Beschlüsse jener Konferenz die Hingabe von 22 Millionen Pfund Sterling als freies Geschenk des britischen Schatzamtes in sich schließe.

Nach längerer Beratung zieht John Redmond seinen Antrag zurück.

Der Ausgang des venezolanischen Konflikts.

(Telegramme.)

Washington, 26. Febr. Die verbündeten Mächte erwägen noch Howens Antwort. Inzwischen verhandelt Vowen mit den anderen Mächten und hofft, das Protokoll mit Frankreich noch in dieser Woche zu beendigen. Das Protokoll mit den Niederlanden ist bereits fertig gestellt. Doch ist der Schiedsrichter noch nicht ernannt.

Caracas, 26. Febr. Der Gouverneur der Insel Margarita hat die Gewerbesteuer für den Perlenhandel erhöht. Das Kanonenboot „Matarador“ ging nach Tucuta ab, wo die Revolutionäre Waffen erwarten.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 26. Febr. Gestern mittag wurde in Berlin ein Bund der Kaufleute konstituiert. 170 kaufmännische Vereine hatten Vertreter entsandt, welche insgesamt 219 000 Mitglieder vertraten. Der Bund ist nach dem Muster des Bundes der Landwirte organisiert. Zu Vorsitzenden wurden Fritz Gugenheim und Juwelier Fischer-Berlin, zum stimmungsführenden Direktor Bohberg-Medow-Potsdam gewählt.

Paris, 25. Febr. Es ist unwahrscheinlich, daß die in bezug auf die Investitionsbullen der Bischöfe entstandenen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem französischen Kultusministerium und dem Vatikan zu einem Bruch führen werden. Der päpstliche Nuntius in Paris, Mgr. Lorenzelli, der sicherlich als der treueste Vertreter der Anschauungen und Interessen des Heiligen Stuhles angesehen werden kann, hat hierüber beruhigende Erklärungen abgegeben. Von keiner der beiden Parteien wird ein Abbruch der bestehenden Beziehungen gewünscht und unter diesen Voraussetzungen dürfte es nicht schwer fallen, einen Boden für die Verständigung zu finden. Allerdings hat sich der anfängliche Gegensatz, der sich nur auf die Investitionsbullen bezog, seither dadurch verschärft, daß die französische Regierung die Ernennung eines Erzbischofs und zweier Bischöfe bekannt machte, bevor sie dieselbe in Rom angezeigt hat. Allein demgegenüber muß bemerkt werden, daß diese Ernennungen nicht im Amtsblatt veröffentlicht wurden, daher nicht als endgültige anzusehen sind, und daß diese zweite Schwierigkeit leicht behoben werden könnte, falls der Heilige Stuhl das Zugeständnis machen wollte, für die Investitionsbullen eine Fassung vorzuschlagen, die den Forderungen der französischen Regierung entsprechen würde.

Haag, 26. Febr. Die auf den Zustand von Eisenbahnanlagen bezüglichen drei Gesetzentwürfe, die der Ministerpräsident gestern in der Zweiten Kammer einbrachte, liegen jetzt gedruckt vor. Es wird darin unter anderem bestimmt, daß Staatsbeamte und im öffentlichen Dienst beschäftigte Personen, die sich weigern, Arbeiten zu tun, die ihnen durch ihren Dienst verpflichtend sind, auszuführen, mit 6 Monaten Gefängnis bestraft werden können. Die jetzige Eisenbahnkompanie des Heeres soll so organisiert und verfaßt werden, daß sie den Dienst auf einigen Strecken, wenn auch in beschränktem Maße, ausführen kann.

Madrid, 25. Febr. Der Zentralwahlaußschuß, der Vertreter aller Parteien umfaßt und gebildet ist, um die Freiheit der Wähler zu gewährleisten, hat sich mit 8 gegen 7 Stimmen gegen das kürzlich vom Ministerium des Innern mit Bezug auf die Wahlen herausgegebene Rundschreiben ausgesprochen, indem er dasselbe als gesegwidrig betrachtet. Diese Entscheidung enthält einen Tadel gegen die Regierung. Ministerpräsident Silvela erklärte, wenn er einen Protest des Ausschusses erhalte, würde er darauf nicht antworten, sondern ihn nach dem Zusammentritt der Cortes der Kammer vorlegen.

Athen, 25. Febr. Die in der Kammer vorgelegten Gesetzentwürfe über die Reorganisation der Armee erufen lebhaftes Interesse wach. (Die Dienstzeit soll auf 16 Monate herabgesetzt werden. Alljährlich im Mai werden 36 000 Mann unter den Fahnen stehen. Große Manöver sollen stattfinden. Eine andere Vorlage bestimmt die Abschaffung der Stelle eines Oberbefehlshabers der Armee, die nach dem Gesetz von 1900 der Kronprinz bekleidet. Der letztere soll Kommandeur des einzigen zu bildenden Armeekorps werden. Der Kriegsminister bemerkte zu dieser Vorlage, daß durch die Institution eines Oberbefehlshabers der Armee, alle Rechte des Ministers unterdrückt und damit die Armeeverwaltung unmöglich gemacht werde.) Die Organe der Opposition greifen im allgemeinen die militärische Politik des Kabinetts lebhaft an, namentlich den Gesetzentwurf, betreffend Abschaffung des Oberkommandos, welches der Kronprinz bisher inne hatte. Diese Mütter behaupten, daß die Einziehung dieses Gesetzes durch die Einrichtung eines einzigen Armeekorps, das den Kronprinzen zum Chef haben solle, ohne Zustimmung des Königs abgefaßt sei.

Washington, 25. Febr. Das Repräsentantenhaus nahm den vom Senate bereits genehmigten Entwurf eines Münzgesetzes für die Philippinen an, jedoch ohne das Amendement Patterson.

New-York, 26. Febr. Präsident Roosevelt gedenkt heute hier einzutreffen. Aus diesem Anlaß sind von der Polizei Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden. Weil befürchtet wird, daß ein anarchistischer Anschlag vorbereitet sei. Im Zusammenhange hiermit erfolgten gestern abend verschiedene

Verhaftungen, darunter diejenige eines gewissen Francois Girgel, eines 17jährigen Burschen. Es wird von der Polizei angenommen, daß Girgel zu einer Bande von Anarchisten gehört, die sich zur Ermordung verschiedener Staatsoberhäupter verschworen hat. Girgel selbst soll sich seiner Verbindung mit den Anarchisten gerühmt und erklärt haben, er sei im Begriffe, sich im Auftrage seines Klubs nach Frankreich zu begeben.

Charleston (Westvirginia), 25. Febr. In den Briggischen Kohlenruben in Raleigh County kam es gestern abend zu einer regelrechten Schlacht zwischen 100 Hilfsmarschällen und Hilfssheriffs und 250 anständigen Grubenarbeitern, welche den Bundesbeamten nicht gestatten wollten, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Die Ausständigen setzten eine Eisenbahnbrücke in Brand. Die Menge, die mit Winchester-Gewehren bewaffnet war, eröffnete ein Feuer auf die Beamten, diese erwiderten. Drei Ausständige sind tot, sechs tödlich verwundet. Ein farbiger Hilfsmarschall ist tot, zwei sind verwundet. Die Ausständigen wurden dann zurückgeschlagen und von der Polizei verfolgt, 49 wurden verhaftet.

Kapstadt, 25. Febr. Auf einem Bankett äußerte gestern abend Chamberlain, daß er die Lage der Dinge in der Kapkolonie optimistisch betrachte. Chamberlain berührte die Frage der Milde gegenüber den Rebellen und drückte die Hoffnung aus, daß bald im ganzen Lande eine so gute Gesinnung herrschen werde, daß die Kolonialregierung es für angemessen erachten könne, alle nur wegen politischer Vergehen Gefangenen freizulassen.

Kapstadt, 26. Febr. Chamberlain ist gestern abend nach England abgereist. Bei seiner Abreise wurden ihm enthusiastische Kundgebungen dargebracht.

Verschiedenes.

Berlin, 25. Febr. Zum Andenken an den 80. Geburtstag von Esmarch ist eine Medaille in Gold geprägt worden, deren Wiedergabe in Bronze für besondere Verdienste um das Samariter- und Rettungswesen an Vereinen, Körperschaften und Einzelpersonen verliehen werden soll. Es ist dafür unter Vorsitz des Wirklichen Geheimen Rats v. Esmarch eine Kommission eingesetzt, bestehend aus dem Wirklichen Geh. Rat Professor v. Bergmann, Graf Douglas und Oberstabsarzt Dims. Die erste Bronzemedaille ist dem Prinzen Heinrich von Preußen durch den Vorsitzenden des Deutschen Samariterbundes, Stabsarzt Dims, überreicht worden.

Berlin, 25. Febr. Dr. Alexis Schmidt ist gestern in Friedenau gestorben. In ihm verliert die Berliner Schriftstellervereinigung einen ihrer Veteranen. Die Anfänge der literarischen Tätigkeit Schmidts fallen in den Beginn der vierziger Jahre. Schmidt, 1818 geboren, beschäftigte sich zuerst vornehmlich mit philosophischen Studien. Er schloß sich der Schule Hegels an. Als nach Hegels Tod die große Wandlung in dem Urteile über den Wert der Hegelschen Philosophie in den leitenden Kreisen eintrat und man meinte, an Schelling ein Gegengewicht gegen die Schule Hegels zu haben, erachtete es Schmidt für seine Pflicht, für seinen Meister einzutreten. Er veröffentlichte 1843 eine Schrift für Hegel und gegen Schelling mit dem etwas langen Titel „Veleuchtung der neuen Schellingschen Lehre von Seiten der Philosophie und Theologie, nebst Darstellung und Kritik einer früheren Schellingschen Philosophie und einer Apologie der Metaphysik, besonders der Hegelschen gegenüber Schelling und Trendelenburg“. Später wandte sich Schmidt der Tageschriftstellerei zu. Zeitweilig war er auch Sekretär der Berliner Handelskammer. Der größte Teil der Lebensarbeit Schmidts kam der „Spenerischen Zeitung“ zu gute. Er war viele Jahre hindurch deren Chefredakteur. Ein lebhaftes Interesse hegte Schmidt für die Freimaurerei. Er hing ihr seit den fünfziger Jahren an und war von 1872 bis 1885 Großmeister der deutschen Landesloge. Auch für die Freimaurerei trat Schmidt in Wort und Schrift mit Eifer und Erfolg ein.

Wien, 25. Febr. (Telegr.) Von zwei gut gekleideten Einbrechern, die gestern verhaftet waren, zog der eine auf der Wache plötzlich ein Messer und brachte sich eine tiefe Schnittwunde am Halbe bei. Die darauf entstandene allgemeine Aufregung benutzte der andere, um zu entfliehen. Der Schwerverletzte wurde ins Spital gebracht.

Wetter am Mittwoch, den 25. Februar 1903.

Hamburg, Svinemünde, Neufahrwasser, Meß und Chemnitz trüb; Münster zeitweilige Regenfälle, Breslau und München ziemlich heiter.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 26. Februar 1903, vormittags 7 Uhr.
Triest bedeckt 8 Grad, Nizza wolfig 1 Grad, Florenz wolkenlos 4 Grad, Rom halbbedeckt 6 Grad.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrog. vom 26. Februar 1903.

Wie am Vortage lagert über dem Norden von Schottland eine tiefe Depression, während das barometrische Maximum, das gestern Südosteuropa bedeckte, nach Südosten auf die Balkanhalbinsel sich verlegt hat. Das Wetter ist in Deutschland bei vorherrschend südlichen Winden meist trübe und mild. Veränderliches, mildes Wetter ist wahrscheinlich.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Februar	Barom. in mm	Therm. in C.	Abf. Feucht. in mm	Relat. Feucht. in %	Wind	Himmel
22. Nachts 9 ^u 11.	755.4	14.0	5.6	47	SW	bedeckt
23. Mrgs. 7 ^u 11.	750.0	12.9	6.0	54	SW	„
23. Mittags 2 ^u 11.	746.4	18.4	3.7	24	W	„
23. Nachts 9 ^u 11.	751.3	9.3	6.0	69	SW	„
24. Mrgs. 7 ^u 11.	758.1	4.4	4.5	71	„	heiter 1)
24. Mittags 2 ^u 11.	759.1	8.6	3.1	87	„	„

1) Regen.

Höchste Temperatur am 22. Februar: 14.6; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 10.3.

Niederschlagsmenge des 22. Februar: 0.0 mm.

Höchste Temperatur am 23. Februar: 18.6; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 4.0.

Niederschlagsmenge des 23. Februar: 0.3 mm.

Wasserstand des Rheins. Magau, 23. Februar: 3.01 m, gestiegen 2 cm. — 24. Februar: 3.04 m, gestiegen 3 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.

Anzeigen

finden weiteste Verbreitung
in der über ganz Baden
gleichmäßig verteilten
Karlsruher Zeitung.

Künstler-Konzerte

(Hans Schmidt).

III. Extra-Künstler-Konzert

Montag, den 2. März 1903 im Museumsaal

Johannes Messchaert

Am Klavier: **Karl Beines, Baden-Baden.**

Konzertflügel: Bechstein aus dem Lager des Herrn L. Schweisgut hier.

Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 9 Uhr.

Eintrittskarten: Saal I. Abt. Mk. 5.—, II. Abt. Mk. 4.—, III. Abt. Mk. 3.—, nicht reserviert Mk. 2.—, Galerie Mk. 2.50, Mk. 1.— im Vorverkauf und an der Abendkasse.

Hans Schmidt,

Karlsruhe, Musikalienhandlung u. Konzertdirektion.
Telephon 1647. Rondellplatz. 9806.2

Am 2. März d. Js., vormittags 11 Uhr, wird die unterzeichnete Verwaltung im Kohlenhofe gegen Barzahlung öffentlich verkauft: 3833 Seitzengewehrtafeln und 2421 Patronentafeln. Verkaufsbedingungen werden im Termin bekannt gegeben. 9.771.1 Kaiserliche Garnison-Verwaltung Weissenburg i. E.

IV. Grosse Geld-Lotterie

d. Bad. Landesvereins v. Roten Kreuz

Ziehung schon 7. März 1903

3888 Geldw. 44000
zus. Mk.

Hauptgew. M. 15000

1 Gew. M. 15000

1 Gew. M. 5000

2 à 1000 = 2000

4 à 500 = 2000

30 à 100 = 3000

150 à 20 = 3000

400 à 10 = 4000

u. 2800 zus. 10 000

Auszahlbar bar ohne Abzug.

1 Los I M., II Los IO M.

Porlo und Liste 25 Pf.

Nachnahme teurer, empfohlen!

J. Stürmer, Strassburg i. E.

General-Debit, Langestr. 107

Carl Götz, Karlsruhe, Hebelstr. 11/15.

Ruhholzversteigerung.

Das Gr. Forstamt Rheinhofsheim versteigert am Freitag, den 6. März d. Js., vormittags halb 10 Uhr (nach Ankunft der Züge), in der „Blume“ zu Zehrsheim aus den Domänenwaldungen:

a. „Abtsmoor“: Eichen 5 I., 4 II., 22 III. bis V. Klasse; Eichen 13 II. und III. Kl.; Erlen 12 II. und III. Klasse.

b. „Strieth“: Eichen 8 I., 6 II., 27 III. bis V. Klasse; sowie 7 Schiffsrangen; Eichen 21 I. und III. Kl.; Erlen 35 II. und III. Kl.; Hainbuchen 1 I., 29 II. und III. Klasse; Birken 1 I., 24 II. und III. Klasse; Weißbuchen 1 II. Kl.; Pappel 3 II. Klasse; Nusskirschenholz 12 Stck (eichen).

c. „Wehrhag“: Eichen 4 I., 3 II., 32 III. bis V. Klasse; Birken 6 II. und III. Kl.; Rothbuchen 2 I., 2 III. Klasse; Hainbuchen 1 I., 55 II. und III. Kl.; Akazien 37 III. Kl.; 19 Stck (atazien) Wagnerrangen und 17 Stck (atazien) Nusskirschenholz.

Vorzeiger des Holzses: a. im „Abtsmoor“: Domänenwaldhüter Maier in Oberbrach; b. im „Strieth“ Forstwart Vertsch in Rudensdorf; c. im „Wehrhag“ Forstwart Lafsch in Freitett. Die Genannten fertigen auch die Auszüge.

Bürgerliche Rechtsstreite.

Ladung.

9.668. Karlsruhe. Die Ludwig Geis II. Ehefrau, Katharina geborene Speicher zu Zuthern, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Rothschild in Bruchsal, klagt gegen ihren Ehemann Ludwig Geis II., an unbekanntem Ort abwesend, früher zu Zuthern, auf Grund der Behauptung, daß ihr Ehemann am 14. Januar d. Js. mit einem Mädchen nach Amerika verschwand und sein Aufenthalt unbekannt sei, und daß, da die Ehegatten in Fahrnisgemeinschaft lebten, das Vermögen der Ehefrau durch die Schulden ihres Mannes erheblich gefährdet werden könne, mit dem Antrage:

a. auf Vermögensabsonderung gemäß R.N. 1443; fürsorglich

b. auf Aufhebung der Fahrnisgemeinschaft gemäß §§ 1468 Abs. 1 u. 3, 1444, 1549 R.G.B.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des

Rechtsstreits vor die III. Zivilkammer des Großherzoglichen Landgerichts zu Karlsruhe auf

Donnerstag, den 16. April 1903, vormittags 9 Uhr,

mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Karlsruhe, den 20. Februar 1903. Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts. Dr. Jordan.

9.593. Nr. 8039. Karlsruhe. 1. Die Sofie Köhler, ledig u. minderjährig von Graben, vertreten durch den Vormund Philipp Jakob Köhler, Landwirt von da; 2. die ledige, volljährige Anna Philippine Köhler von Graben, vertreten durch Philipp Jakob Köhler, Landwirt von da, als Prozeßbevollmächtigter, klagten gegen den Wirtenbinder Eugen Denner, ledig von Graben, zurzeit an unbekanntem Ort abwesend, auf Erfüllung der in den §§ 1708 bis 1716 des Bürgerlichen Gesetzbuchs begründeten Verpflichtungen, vergl. hierzu § 1717 a. a. O., mit dem Antrage, vorläufig vollstreckbares Urteil dahin zu erlassen: der Beklagte sei unter Kostenfolge schuldig:

1. an den Vormund des klagenden Kindes von der Geburt des letzteren an, d. i. 16. September 1902, bis zum vollendeten 16. Lebensjahre eine Unterhaltsrente von monatlich 15 Mark, in dreimonatlichen Raten voranzuzahlen, zu leisten;

2. an die Klägerin Anna Philippine Köhler in Graben den Betrag von 150 Mark zu bezahlen.

Die Kläger laden den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht zu Karlsruhe auf

Dienstag, den 14. April 1903, vormittags 9 Uhr,

Ademietstraße 2 A, 3. Stod, Zimmer Nr. 17.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Karlsruhe, den 17. Februar 1903. Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Poppe, Gr. Amtsgerichtsschreiber.

9.657. Karlsruhe. Die Silberarbeiter Hermann Hübsch und Ehefrau, Marie geb. Kallenberger, in Forstheim, Erbprinzenstraße 66, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Friedmann in Karlsruhe, klagt gegen ihren Ehemann, zuletzt wohnhaft in Ettlingen, zurzeit an unbekanntem Ort abwesend, auf Grund der Behauptung, daß 1. Beklagter sie bösslich verlassen habe und die Voraussetzungen der öffentlichen Zustellung seit Oktober 1901 gegen denselben vorliegen, demnach der Eheverbindung Grund des § 1567 Ziff. 2 R.G.B. gegeben sei.

2. Beklagter mehrfach Ehebruch getrieben habe, mit dem Antrage, auf Scheidung der am 12. November 1899 zu Mingen geschlossenen Ehe der Streittheile aus Verschulden des Beklagten, und Tragung der Kosten durch denselben.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die III. Zivilkammer des Großherzoglichen Landgerichts zu Karlsruhe auf

Donnerstag, den 16. April 1903, vormittags 9 Uhr,

mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Karlsruhe, den 17. Februar 1903. Rpr. Dr. Fleudhaus, Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts.

9.767. Nr. 3538. Karlsruhe. Die mechanische Kleider- und Hemdenfabrik (Hornberger Kleiderfabrik) Inhaber Hermann Friedrich zu Karlsruhe, Prozeßbevollmächtigter: Rechts-

anwalt Fischer in Karlsruhe, klagt gegen den Max Grether, Studierenden des Ingenieurfachs, zurzeit an unbekanntem Ort abwesend, früher zu Karlsruhe, unter der Behauptung, daß der Beklagte im November und Dezember 1902 von der Klägerin Waren im Werte von 221 M. und Darlehen im Gesamtbetrag von 124 M. erhalten habe und, ohne Zahlung zu leisten, flüchtig gegangen sei, mit dem Antrage, auf, eventuell gegen Sicherheitsleistung, vorläufig vollstreckbare Verurteilung des Beklagten zur Zahlung von 345 M. nebst 4 Proz. Zins vom Klagezustellungstag an und zur Tragung der Kosten.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die erste Zivilkammer des Großh. Landgerichts zu Karlsruhe auf

Dienstag, den 21. April 1903, vormittags 9 Uhr,

mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage öffentlich bekannt gemacht.

Karlsruhe, den 21. Februar 1903. Rpr. Dr. Fleudhaus, Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts.

9.778. Nr. 6245. Lörrach. Ueber das Vermögen

1. der Firma Mechanische Buntweberei Lörrach, Fr. Banholzer & Cie., in Lörrach, und

2. des Fabrikanten Friedrich Banholzer in Lörrach

ist heute am 24. Februar 1903, nachmittags 7 Uhr das Konkursverfahren eröffnet worden, da die Gemeinschuldner ihre Zahlungen eingestellt haben. Der Rechtsagent Friedrich Schmitt in Lörrach ist zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 15. April 1903 bei dem Gerichte anzumelden.

Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

Wittwoch, den 18. März 1903, vormittags 10 Uhr,

und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Wittwoch, den 6. Mai 1903, vormittags 10 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 15. April 1903 Anzeige zu machen.

Lörrach, den 24. Februar 1903. Gerichtsschreiberei Gr. Amtsgerichts. Rimmig.

Freiwillige Gerichtsbarkeit.

9.776. Karlsruhe. Namensänderung betr. Kaufmann Max May in Mannheim hat um die Ermächtigung nachgesucht, die Vornamen seines am 26. September 1894 d. h. selbst geborenen Sohnes Ernst Samuel May in „Ernst Otto“ zu ändern.

Etwasige Einwendungen gegen die Bewilligung dieses Gesuchs sind binnen 3 Wochen dahier geltend zu machen.

Karlsruhe, den 20. Februar 1903. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts.

In Vertretung: Hübsch, Dießche.

Aufforderung.

9.787. Zell a. S. Die am 23. Dezember 1834 zu Gengenbach als Tochter des Schlossermeisters Friedrich Erhard und dessen Ehefrau Maria Josefa geb. Sandhaas geborene Viktoria Erhard, welche sich in Brooklin (Amerika) mit Martin Wehr verheiratet hat, ist am Nachlaß ihres verstorbenen Vaters, Johann Nepomuk Sandhaas, von Zell a. S. gesetzlich erbverpflichtet.

Dieselbe oder ihre Abkömmlinge werden aufgefordert, zum Zwecke des Bezugs des zur Nachlassverhandlung des Nachlassgerichts Nachricht von sich zukommen zu lassen.

Dieselbe Aufforderung ergeht an einwige Abkömmlinge der Eheleute Georg Kaeffe und Magdalena geb. Gausel von Friesenheim bei Laß. Zell a. S., den 20. Febr. 1903.

Großh. Notariat: Reichert.

9.644. Nr. 2130. Achern. Die Großh. Bad. Landeshauptkasse hat, als Erbin der des Josef Vogt von Oberachern, um Einweisung des Nachlasses seiner Mutter, Nikolaus Oerle Witwe, verewittete Bernhard Vogt geb. Bühler, Maria Josefa von da (seines Bruders Clemens), und auf Einweisung des Fiskus in den Nachlaß des für tot erklärten Josef Vogt gebeten.

Diesem Gesuch wird stattgegeben, wenn nicht bis

1. April 1903

Einreden dagegen dahier eintommen.

Achern, den 19. Februar 1903. Großh. Amtsgericht. gez. Grueningert.

Dies veröffentlicht: Der Gerichtsschreiber: W. Häuser.

9.770. Karlsruhe. **Bekanntmachung.**

Den Bezug ärztlicher Sachverständiger betr.

Gemäß § 8 des Reichsgesetzes vom 30. Juni 1900, die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze betr., hat das unterzeichnete Schiedsgericht in der Spruch Sitzung vom 31. v. M. als Sachverständige, die bei den Verhandlungen in der Regel nach Bedarf zuzuziehen werden sollen, für das Geschäftsjahr 1903 gewählt:

1. zur Beurteilung chirurgischer Fälle: Herrn Medizinalrat Dr. Ludwig Guff in Karlsruhe, und als dessen Stellvertreter

9.777. Nr. 7457. Freiburg. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Franz Unterweyer hier ist nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins und Vollzug der Schlußurteilung aufgehoben worden.

Freiburg, den 21. Februar 1903. Großh. Amtsgericht.

Der Gerichtsschreiber: Zimmermann.

9.781. Fullendorf. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schuhmachers Josef Kabusreuther von Fullendorf wird zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters der Schlußtermin auf:

Montag, den 23. März 1903, vormittags 11 Uhr,

vor dem Gr. Amtsgerichte hier selbst bestimmt.

Fullendorf, den 23. Febr. 1903. Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts. Vogel.

9.779. Ettenheim. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Bierbrauers und Wirts Franz Kaiser in Orschwiere wurde nach rechtskräftig bestätigtem Zwangsvergleich und Abhaltung des Schlußtermins am 24. d. M. aufgehoben.

Ettenheim, den 25. Februar 1903. Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts. Kunz.

9.753. Nr. 3505. Waldshut. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Schneidemeisters Silbeter Huber von Niederwilt wurde heute nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Waldshut, den 18. Februar 1903. Gerichtsschreiberei Gr. Amtsgerichts. Hierholzer.

Herrn Professor Dr. Bernhard von Beck, Direktor des städtischen Krankenhauses in Karlsruhe; 2. zur Beurteilung innerer Krankheiten: Herrn Obermedizinalrat Dr. Wilhelm Häuser in Karlsruhe, und als dessen Stellvertreter Herrn Medizinalrat Dr. Ferdinand Kaiser in Karlsruhe.

Karlsruhe, den 23. Februar 1903. Das Schiedsgericht der Arbeiterpensionkasse für den Bereich der Großh. Bad. Staatsbahnen, Bodenreedampfschiffahrts-, sowie der Großh. Salinenverwaltung: Der Vorsitzende: Kühn.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Zur Erstellung des Fundamentes einer neuen Lokomotivdrehschleife von 30 Meter Durchmesser auf Bahnhof Mühlheim sollen im öffentlichen Verdingungswege nachstehende Bauarbeiten vergeben werden:

Erarbeiten	200 cbm
Beton und Mauerwerk	440 cbm
Quaderlieferung	23 cbm
Flacharbeiten	260 qm

Bedingnisheft, sowie Pläne liegen auf diesseitiger Kanzlei auf und können daselbst eingesehen werden.

Angebote sind verschlossen und portofrei unter Benützung des von diesseitiger Kanzlei zu ergebenden Bedingungsformulars längstens bis

Donnerstag den 5. März i. J., abends 4 Uhr,

mit Aufschrift „Angebot für Lokomotivdrehschleife in Mühlheim“ versehen, auf diesseitiges Geschäftszimmer, Bahnhofstraße Nr. 12, einzureichen.

Zuschlagsfrist 3 Wochen.

Basel, den 17. Februar 1903. Großh. Bahnbauinspektor.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Mit Gültigkeit vom 1. März 1903 werden von Mannheim direkte Frachtsätze für die Beförderung von Ammoniat, schwefelsaurem, Guanoo, Knochenmehl und Superphosphat zur Verwendung als Düngemittel nach einer Anzahl überreichlicher Stationen eingeführt. Die Frachtsätze gelten bei Aufgabe von ganzen Wagenladungen zu 10 000 kg oder bei Frachtladung für 10 000 kg für den Wagen und Frachtbrief. Ueber die Höhe derselben und die Anwendungsbedingungen erteilen die genannten Verandirungen nähere Auskunft.

Für die nach diesen Sätzen beförderten Sendungen werden keine weiteren Frachtrückerungen gewährt. Karlsruhe, den 25. Februar 1903. Großh. Generaldirektion.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Mit Gültigkeit vom 1. März 1903 tritt zum Norddeutsch-Pfälzisch-Südwestdeutschen Tarif der Nachtrag I in Kraft. Derselbe enthält Aufnahme neuer Stationen sowie Änderungen von Tarifsenfernungen, Frachtsätzen und Wagnelagen.

Nähere Auskunft erteilen die Verbandsstationen.

Karlsruhe, den 25. Februar 1903. Großh. Generaldirektion.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Mit sofortiger Gültigkeit wird für die Stationsverbindung Wehr-Basel Reichsbahn und Basel St. Johann im Tarifheft 4 des südwestdeutschen Verbands-Tarif III für Holz, wie im Spezialtarif I in genannt, ein ermäßigter Frachtsatz von 0,214 M. für 100 kg eingeführt.

Ferner werden die Frachtsätze des Ausnahmestarfs 24 für Zement dieselbe Tarifheftes im Rückvergütungswege auch dann gewährt, wenn durch Vorlage der Zollanmeldung die Ausfuhr der Sendung ins Zollausland nachgewiesen wird

Karlsruhe, den 25. Februar 1903. Großh. Generaldirektion.

Badischer Notarverein.

Bezirksversammlungen finden statt: für den Landgerichtsbezirk Mannheim: Heidelberg am Sonntag den 1. März 1903, vormittags 10 1/2 Uhr in Heidelberg im Gr. Notariat Heidelberg I; für den Landgerichtsbezirk Freiburg am Sonntag den 8. März 1903, vormittags 10 Uhr, in Freiburg im Saal der Zivilkammer Gr. Landgerichts.

für den Landgerichtsbezirk Konstanz am Sonntag den 8. März 1903, nachmittags 8 1/2 Uhr in Konstanz im Amtsgerichtsgebäude (untere Laube Nr. 15 III. Stod.)